

YILDIZ TAR

LGBTI – KÄMPFE IN DER TÜRKEI

NIEMAND ERZÄHLT DIE GESCHICHTE DER GRÄSER, DIE BEIM KAMPF DER ELEFANTEN ZERTRAMPELT WERDEN

Die Antwort auf die Frage, wo die Türkei aus Sicht der Regierung und damit auch aus Sicht des Staates und all seiner Institutionen beim Thema Rechte von Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Personen (LGBTI) steht, lässt sich anhand der Aussagen von Burhan Kuzu erahnen. Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM) und AKP-Abgeordnete im Parlament, sagte während der Verhandlungen zur Verfassungsreform von 2007: «Man nennt es Freiheit, aber die Türkei ist dafür noch nicht bereit. Es sieht nicht so aus, als würden der Ausschuss oder die Generalversammlung diesem Antrag zustimmen. Für die Türkei kommt das zu früh. Das Parlament kann keine derartigen Vorschriften erlassen, bevor es hierfür überhaupt eine gesellschaftliche Akzeptanz gibt. Das Thema ist nicht einmal in den Verfassungen europäischer Länder präsent. Wir werden uns des Themas erneut annehmen, wenn eine EU-Verfassung in Kraft tritt.»¹

Kuzu reagierte hiermit auf die damaligen Forderungen von LGBTI-Personen, die den Gleichbehandlungsparagrafen in der Verfassung um die Punkte sexuelle Orientierung und Genderidentität ergänzen wollten, um auf diese Weise die verfassungsmäßigen Rechte von LGBTI-Personen sowie ihre BürgerInnenrechte zu garantieren.

Nur wenige Jahre später ließ sich Aliye Kavaf², die damalige Staatsministerin für Frauen- und Familienfragen, mit folgender enorm skandalösen Aussage in 2010 zitieren: «Ich glaube, dass Homosexualität eine Krankheit ist, die behandelt werden sollte.»

Es ist keine Überraschung, dass der Sprung von «Es ist zu früh» zu «Es ist eine Krankheit», einem Argument, das schnellstmöglich auf den Müllhaufen der Geschichte wandern sollte, derart schnell erfolgte. Es war abzusehen, dass sich dieses Argument schließlich als Homo- und Transfeindlichkeit entpuppen würde. Interessant ist die Aussage von Kavaf daher vor allem in Bezug auf die Institutionalisierung der Homo- und Transfeindlichkeit sowie für die Positionierung der AKP in punkto LGBTI-Rechte.

Seit den Worten von Burhan Kuzu von 2007 sind zehn Jahre vergangen. In der Türkei wird erneut an einer neuen Verfassung gearbeitet. Am 16. April 2017 wird ein Verfassungsreferendum abgehalten, in dem über «eine Reform des politischen Systems» entschieden wird. In diesem Beitrag sollen nun sowohl die Grundlagen des immer noch anhaltenden Ausnahmezustands als auch die Auswirkungen der Diskussionen zum verfassungsmäßigen Rang von LGBTI-Rechten analysiert werden.

WIE KAM ES ZU DIESER ENTWICKLUNG?

Im Sommer 2015 flammte der bewaffnete Konflikt zwischen den türkischen Streitkräften und der PKK wieder auf und beendete damit eine Phase, in der demokratische Debatten und ein entsprechender Fortschritt möglich gewesen waren. Die Friedensgespräche und der «Demokratisierungsprozess» der Regierung wurden beendet. Die Auseinandersetzungen um eine kurdische Autonomie beeinflussen seit Jahrzehnten den Demokratisierungsprozess und die politische Atmosphäre, was weitreichende Implikationen für die Frage der Menschenrechte inklusive der LGBTI-Rechte hat. Unter den traumatisierenden Bedingungen anhaltender gewaltsamer Auseinandersetzungen behandeln und übernehmen zentrale Akteure in der LGBTI-Frage, wie etwa die Regierung, das Parlament, die Justiz und die Mainstream-Medien, verstärkt nationalistische, autoritäre, militaristische Mehrheitspositionen, die dem Mainstreaming von Menschenrechten nicht gerade zuträglich sind. Unter diesem Einfluss wird auch die Gesellschaft insgesamt «intoleranter» und verschließt sich bestimmten Debatten. Die HDP, die pro-kurdische, radikal-demokratische Partei Halkların Demokratik Partisi – eine von zwei Parteien, die im Parlament für LGBTI-Rechte eintritt – ist von diesem Konflikt und seinen juristischen/politischen Auswirkungen direkt betroffen. Sie hat ihre LGBTI-bezogenen Aktivitäten und politischen Vorstöße der Partei und der HDP-regierten Gemeinden entweder zurückgefahren oder komplett eingestellt, weil in einigen dieser Gemeinden ihrer VertreterInnen durch von der Regierung bestellte VerwalterInnen ersetzt wurden. Es ist davon auszugehen, dass die

gewaltsamen Auseinandersetzungen, die geopolitisch im Zusammenhang mit der Situation in Syrien und dem Irak zu betrachten sind, auch weiterhin verhindern werden, dass Politik- und Gesetzesinitiativen zugunsten von LGBTI-Personen und anderen gesellschaftlichen Gruppen, auf nationaler Ebene umgesetzt werden.

Ein weiteres wichtiges Ereignis mit verheerenden Folgen war der Putschversuch mitsamt dem nachfolgenden Ausnahmezustand. Obgleich die Dekrete zum Ausnahmezustand die LGBTI-Bewegung bislang nicht «direkt» betroffen haben, sind die sozialen, politischen, zivilgesellschaftlichen und akademischen Strukturen, die uns seit langer Zeit als Verbündete zur Seite stehen, unter großen Druck oder bereits in die Schusslinie geraten. Ähnlich wie im Fall der bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der Türkei und der PKK, haben auch der Putschversuch und der Ausnahmezustand zu einer Verschlechterung der Situation wichtiger Akteure und der Gesellschaft geführt.

Im Zuge der staatlichen Reaktion auf den Putschversuch kam es zu Massenentlassungen im öffentlichen Sektor, insbesondere bei Polizei und Justizbehörden, die eine Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und den öffentlichen Institutionen weiter beschränkt haben. Es waren nicht nur Mitglieder der sogenannten «Gülen-Bewegung», die aus dem Staatsdienst entlassen wurden, sondern auch Linke, säkulare Kräfte und pro-kurdische GewerkschaftlerInnen. Der Missbrauch von Maßnahmen im Rahmen des Ausnahmezustands durch die Regierung schürt die Sorge, dass diese eine möglicherweise «neue», aber dennoch «ideologisch motivierte» Personalpolitik im öffentlichen Sektor einführt. Bezogen auf LGBTI-Personen ist dabei zu befürchten, dass eine Regierung, die nicht gerade für ihre Unterstützung von LGBTI-Initiativen bekannt ist, auch in Personalfragen entsprechend verfahren wird.

Es verwundert daher nicht, dass das Vertrauen in Polizei und Justiz in der Gesellschaft allgemein, aber insbesondere unter LGBTI-Personen weiter gesunken ist. Und noch schwerer wiegt die Entlassung von LGBTI-freundlichen AkademikerInnen und GewerkschaftlerInnen, der Austausch von Gemeindeverwaltungen, die LGBTI-Initiativen unterstützten, sowie die Schließung rechtbasierter NROs, die in derselben Umgebung wie LGBTI-Projekte aktiv sind. Die Folge: Netzwerke und Bündnisse, die aus jahrelangen sozialen Kämpfen hervorgegangen sind, wurden dauerhaft beschädigt.

Im April 2016 wurden Informationen des türkischen Militärgesheimdienstes der Öffentlichkeit zugespielt. In dem Dokument wurde Kaos GL³ als einzige Nichtregierungsorganisation einer möglichen Angriffsliste des IS für Ankara genannt. Am Tag der Veröffentlichung des Dokuments setzte sich Kaos GL mit dem Militär in Verbindung, das bestätigte, dass es sich bei dem Dokument nicht um ein «Fake» handelte. Obgleich Kaos GL alle Hebel in Bewegung setzte und sich an alle relevanten Instanzen im Land wandte, einschließlich der Sicherheitsbehörden, wurden keine Schutzmaßnahmen für Kaos GL ergriffen.⁴

AUSNAHMEZUSTAND FÜR LGBTI

Die Verhängung eines Ausnahmezustands wird stets als Vorwand genutzt, um ein politisches Vorgehen zu ermöglichen, beim dem Grundrechte aufgehoben werden, für die Verletzung von Rechten keine Rechenschaft ablegen muss und missliebige Organisationen geschlossen werden. Wir gewöhnen uns daran, dass jede Woche ein neues Gesetzes-

dekret erlassen wird. Welcher Verein und welches Medium wird als nächstes geschlossen? Wer wird als nächstes verhaftet? Wie lange werden sie in Haft bleiben? Viele Fragen sind offen und die Sorge ist groß.

Doch wie so oft gilt: Auch im Ausnahmezustand wird über «große Geschichten» und das, was den «wichtigen Personen» widerfährt, berichtet. Außer den LGBTI-Organisationen spricht jedoch niemand darüber, wie es den als unwichtig geltenden LGBTI-Personen ergeht, oft werden sie nicht einmal gehört. Dem Medien-Monitoring-Bericht⁵ von Kaos GL von 2016 zufolge, hat es seit Juli 2016 einen bedeutsamen Rückgang in der Berichterstattung von Printmedien über LGBTI-Personen gegeben. In der zweiten Jahreshälfte sind LGBTI-Personen praktisch unsichtbar geworden, mit Ausnahme jener Fälle, in denen sie als Ziele von Gewalt erscheinen! Dem Bericht zufolge gelten der Putschversuch vom 15. Juli sowie der anschließend ausgerufenen Ausnahmezustand als Ursache hierfür. Zum Zeitpunkt des Putschversuchs, aber auch der «großen und national bedeutsamen medialen Ereignisse» im Anschluss daran, fanden LGBTI-Personen keine Repräsentation in den Medien.

Aus der Menschheitsgeschichte wissen wir jedoch, dass Gruppen, die als verwundbarste Teile einer Gesellschaft gelten, besonders in Kriegszeiten oder während eines Ausnahmezustands zum Ziel von Gewalt werden. Ein türkisches Sprichwort bietet ein passendes Bild dafür: «Niemand erzählt die Geschichte der Gräser, die beim Kampf der Elefanten zertrampelt werden.»

Zwei traurige Ereignisse im Juli und August 2016 führten zu Aufruhr in der LGBTI-Community. Die Morde am schwulen syrischen Geflüchteten Wisam Sankari⁶ und der Transfrau Hande Kader⁷ ließen die LGBTI-Gemeinschaft auf die Straße gehen. In keinem der beiden Fälle, die nach dem Putschversuch geschahen, wurde ein Verfahren eingeleitet. Es wurden und werden keine konkreten Ermittlungen geführt. Ihre Mörder sind weiter unter uns.

Muhammed Wisam Sankari war ein schwuler syrischer Flüchtling, der seit einem Jahr in Istanbul gelebt hatte. Er verließ am Abend des 23. Juli sein Haus in Aksaray. Seine Leiche wurde am 25. Juli in Yenikapı aufgefunden. Sein Kopf war vom Rumpf abgetrennt worden und sein Körper verstümmelt. Die Mörder sind noch nicht gefasst. Wisam, der bereits zuvor von einer größeren Gruppe von Männern bedroht, entführt und vergewaltigt worden war, wollte das Land verlassen, da er um sein Leben fürchtete. Sein Freund Rayan beschreibt Wisams Leben wie folgt: «Wir lebten vorher in einem anderen Haus. Allerdings hatte man uns zum Gehen gezwungen, und zwar einzig und allein, weil wir schwul sind. Alle haben uns ständig angestarrt. Dabei haben wir nichts gemacht, wofür man sich schämen muss! Vor fünf Monaten wurde Wisam von einer Gruppe Männer in der Gegend des Stadtteils Fatih entführt. Sie haben ihn in den Wald geschleppt und dort geschlagen und vergewaltigt. Sie hätten ihn auch ermordet, wäre Wisam nicht durch einen Sprung auf die Straße entkommen. Wir reichten eine Beschwerde ein, aber es passierte nichts.»⁸

Die in Istanbul lebende Transfrau Hande Kader verschwand Anfang August. FreundInnen reichten eine Vermisstenanzeige ein. Die verbrannte Leiche von Hande Kader wurde schließlich in Zekeriyaköy gefunden. Über den Mord an Hande Kader wurde in den nationalen Medien breit berichtet, über Wisam Kandari in den internationalen Medien. Allerdings geschah dies allein aufgrund ihres To-

des, und auch so verschwanden die Meldungen nach etwa einer Woche. Die Morde lassen sich als Ergebnis des Ausnahmezustands begreifen. Dumpfe Gewalt und das Wissen darum, dass «niemand einen Finger krumm machen würde, die Mörder von Schwulen oder Transsexuellen zu finden», machten diese Morde um einiges leichter.

Auf der anderen Seite erhält KaosGL.org tagtäglich Meldungen über die Missachtung von Rechten. Transfrauen, die Sexarbeit betreiben, wurden im Zuge von Polizeirepression am Bahnhof İzmir Alsancak quasi in ihren Wohnungen gefangen gehalten. Gewaltsame Übergriffe durch die Polizei nehmen zu. Im ganzen Land versuchen Transfrauen die Spirale der Gewalt und den Ausnahmezustand zu überleben.

Neben der willkürlichen Polizeigewalt, werden AktivistInnen auch Opfer von Repression aufgrund von Meinungsäußerungen. Die Erfahrungen des Anwalts Levent Pişkin und von Uğur Büber aus Balıkesir sprechen Bände. Büber wurde freigelassen, nachdem er eine Zeit lang inhaftiert war. Modedesigner Barbaros Şansal durchlebte ebenfalls eine klassische Situation. Menschen, die auf sozialen Medien ihre Meinung kundtun, werden zunächst Opfer der Medien und anschließend vor den Augen der Sicherheitsbehörden angegriffen: Das ist das altbekannte Muster von Hassverbrechen! Eine ganze Reihe von Şansals Grundrechten wurde dabei verletzt, besonders sein durch die türkische Verfassung garantiertes Recht auf freie Meinungsäußerung und sein Recht auf Leben, als sie versuchten ihn zu lynchen. Dieser gut vorbereitete Mordversuch lässt viele Fragen offen. Bei allen drei Vorfällen war die sexuelle Orientierung nicht das eigentliche Ziel, aber die homophoben Äußerungen während des Lynchversuchs an Şansal sind belegbar. Und Hass nimmt oftmals auch deshalb diese Form an, weil bestimmte Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung «als leichtes Opfer angesehen werden», beziehungsweise, weil sie aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Gender-Identität «anders und grober behandelt werden».

Der Ausnahmezustand ruft in der LGBTI-Community wie auch im Rest der Gesellschaft Angst und Verzweiflung hervor. Immer mehr AutorInnen von KaosGL.org veröffentlichen unter Pseudonym, verzichten auf Fotos oder tendieren ganz allgemein dazu, weniger Artikel mit politischen Themen zu schreiben. Verständlicherweise wollen sie keine Ermittlungen riskieren. Sie wissen ganz genau, dass sie als «leichte Opfer» gelten. Und besonders Schwule, Lesben und Transpersonen sind sich schmerzlich des Umstands bewusst, dass sie in Polizeirevierern mit Beleidigungen sowie physischer und sexualisierter Gewalt zu rechnen haben.

Kurzum, LGBTI-Personen, deren Leben sich bereits seit vielen Jahren im Ausnahmezustand befand, sehen sich nun, unter dem offiziellen Ausnahmezustand, massiv zunehmender Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt, die allen Anschein nach nicht enden werden, bevor der Ausnahmezustand nicht aufgehoben wird.

Und trotz all dieser widrigen Umstände setzt die LGBTI-Bewegung ihre juristischen Bemühungen ebenso wie ihren Kampf um Gleichbehandlung fort. Über verschiedenste Medien, versucht sie, die Geschichten jener Menschen zu erzählen, die unsichtbar bleiben, jener Menschen, die zur Verkörperung des Ausnahmezustands geworden sind. Sie berichtet über Rechtsverletzungen und tut ihr Bestes, um sie zu stoppen. Und obgleich über den demokratischen Kräften im gesamten Land eine Art dunkle Wolke aufgezo-gen ist, wandelt sich der Widerstand gegen die systema-

tischen Angriffe und gegen die Repression zur Forderung nach Demokratie.

Unter diesen Umständen versucht die LGBTI-Bewegung insgesamt mit verschiedenen Methoden Widerstand gegen die Repression zu leisten. Obgleich das Organisieren öffentlicher Veranstaltungen schwerer geworden ist, war beispielsweise das Internationale Feministische Forum ein wichtiges Event, bei dem LGBTI-AktivistInnen, Feministinnen und AkademikerInnen für den Frieden zusammenkamen. Die Veranstaltung stand unter dem Motto: Utopia!⁹ Ziel des Ganzen war es, an die Utopien des Friedens und der Gleichheit zu erinnern. Utopia bedeutet sowohl «nirgendwo / Nicht-Ort» als auch «guter Ort». Zwischen dem 11. und dem 12. März konzentrierten sich die zahlreichen Debatten um die Hoffnung auf einen Wandel und die Realisierung unserer eigenen Utopien. Weiter zu träumen ist ein zentrales Mittel, um den Kampf auch in schweren Zeiten fortsetzen zu können. Und der Widerstand der LGBTI-Community in der Türkei geht während des Tages und während der nächtlichen Träume weiter.

In diesem Klima findet am 16. April das Referendum zur Verfassungsänderung statt. Die Kräfte, die die Wahl zu dieser Verfassungsänderung angesetzt haben, wenden sich auch gegen ein demokratisches Grundverständnis der Gesellschaft und eine demokratische Regierungsführung. Selbst bei den Vorbereitungen zum Referendum kam es zu Verstößen gegen Grundrechte. Die gesamte Logik des angesetzten Wahlgangs beruht auf der Schaffung vollendeter Tatsachen. Denn für eine derart umfassende Verfassungsänderung wäre eigentlich eine Debatte aller gesellschaftlichen Gruppen erforderlich gewesen, ebenso wie die Möglichkeit zur Einreichung weiterer Vorschläge.

Die vorgeschlagenen Änderungen widersprechen der Gewaltenteilung und den grundlegendsten demokratischen Prinzipien. Überwachung, Transparenz und Rechenschaftspflicht der Exekutive einschließlich ihrer Ausführungsorgane sowie der weiteren Gewalten im Staat sind für die Gesellschaft unabdinglich. Mit den geplanten Änderungen verschwinden nun auch die bislang nur rudimentär vorhandenen Möglichkeiten für Kontrolle und Rechenschaftspflicht vollends. Die Zusammenführung von Macht und Entscheidungsbefugnis an einer einzigen Stelle wird dazu führen, dass die Exekutive völlig eigenmächtig handeln kann und sich unsere jetzt schon chronischen sozialen und politischen Probleme weiter verschärft.

Eines dieser Probleme ist aktuell die große Ungleichheit der Geschlechter, in der Gesellschaft allgemein, und insbesondere in Bezug auf die Rechte der LGBTI. Wie bereits ausgeführt, gibt es in der Türkei keine legalen Vorgaben, die sich gegen eine Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Gender-Identität richten würden. Während LGBTI-Personen weiterhin bestimmte Grundrechte versagt bleiben, befinden sich Hassverbrechen auf einem Rekordhoch; und zusätzlich zur Tatsache, dass die neuen Verfassungsänderungen keine Fortschritte in Sachen LGBTI-Rechte bringen werden, stellt diese Reform auch eine erhebliche Gefahr für die demokratische Verfasstheit des Staates dar, eine – wie der Zugang zu Wasser und Luft – grundlegende Notwendigkeit für alle Teile der Gesellschaft.

Die Demonstration vom 17. März 2016 gegen Homo- und Transfeindlichkeit wurde verboten. Die Istanbul Pride wurde verhindert, es kommt zu Polizeiübergriffen und immer mehr Fällen von Rechtsverletzungen. Dem «Bericht von 2016 über Rechtsverletzungen bezogen auf die sexuelle Orientierung

oder Gender-Identität» von Kaos GL¹⁰ zufolge gab es 2016 mindestens neun homo- oder transfeindliche Hassverbrechen, über die in den Medien berichtet wurde. Wir sprechen von einem Umfeld, in dem Grundrechte und -Freiheiten aufgehoben werden, in dem es einer angestrebten Verfassungsreform völlig an Transparenz und Beteiligung mangelt und sogar oppositionelle Stimmen mittels Repression zum Schweigen gebracht werden, in dem die Sicherheitsbehörden immer größere Macht erhalten. In diesem Umfeld werden LGBTI-Personen, die dem Anschein nach im Widerspruch zu den «gesellschaftlichen Werten und der öffentlichen Moral» stehen, zu einer äußerst verwundbaren gesellschaftlichen Gruppe. Entlassungen und Regierungserlasse werden zu einer täglichen Praxis. Der Ausnahmezustand überschattet alles. Wir durchleben eine Zeit, in der nicht einmal ein winziger Lichtblick toleriert werden kann. Der Universitätskurs zur Queer-Theorie,¹¹ den Kaos GL seit 2013 an der Universität von Ankara angeboten hatte, wurde mit den Entlassungen praktisch undurchführbar. Unter diesen Umständen findet derzeit – im Vorfeld des Referendums – eine Diskussion über die Verfassungsänderung statt, die eben diese Umstände vollständig ausklammert.

Die LGBTI-Bewegung und die LGBTI-Community sind beide in höchstem Maße gefährdet. Ihre Demonstrationen werden verhindert, Hassverbrechen nicht in angemessener Weise untersucht und der türkische Ausschuss zu Menschenrechten und Gleichbehandlung diskriminiert LGBTI durch den Verzicht auf die Kategorien sexuelle Orientierung und Gender-Identität. In einer solchen Situation wird selbst die im Namen der Verfassungsänderung stattfindende Diskussion zum Monolog. In einer Zeit, in der eine einzige Stimme den Monolog des Diskurses beherrscht, werden LGBTI-Organisationen und ihre Forderungen nach einer Berücksichtigung der Kategorien der sexuellen Orientierung und der Gender-Identität aus dem Prozess ausgeschlossen – genau wie es bereits anderen sozialen Akteuren geschehen ist –, und selbst gegen diese Forderungen finden Angriffe statt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Es liegt nahe anzunehmen, dass der Ausnahmezustand, der nach der 2015 begonnenen Konfliktphase und dem Putschversuch vom 15. Juli ausgerufen wurde, eine antidemokratische Phase in der Türkei eingeläutet hat, in der grundlegende Rechte missachtet werden. In der Türkei, wo es keine tief verwurzelte demokratische Tradition gibt, kommt es regelmäßig zu Rechtsverletzungen, die als legitim gelten. Der Kampf für die Rechte und die Gleichbehandlung von LGBTI-Personen reicht bereits 20 Jahre zurück. Doch heute steht die LGBTI-Bewegung, die nicht nur für eine in der Verfassung verbrieft Gleichbehandlung kämpft, sondern auch für eine soziale Transformation, mehr denn je unter Beschuss.

Zu den größten Gefahren für die LGBTI-Bewegung im Land gehören die Drohungen des IS gegen Kaos GL, einer der führenden LGBTI-Organisationen im Land, die Tatsache, dass viele Verbündete der Bewegung angesichts der Massenentlassungen von LehrerInnen und AkademikerInnen während des Ausnahmezustands selbst mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ungesühnte Hassverbrechen und im Sande verlaufende Untersuchungen nach solchen Verbrechen, eine weit verbreitete Zensur gegen LGBTI-Belange in den Medien sowie schließlich die Atmosphäre der Angst, die sich im ganzen Land feststellen lässt und LGBTI-Personen in besonderem Maße trifft.

Der aktuelle Ausnahmezustand hat uns klar vor Augen geführt, dass Demokratie und eine demokratische Regierungsführung der einzige Weg zur Durchsetzung von LGBTI-Rechten sind. In diesem Sinne sollte auf lange Sicht eine der grundlegenden Strategien der LGBTI-Bewegung darin bestehen, zu einem der effektivsten Akteure im Kampf für mehr Demokratie zu werden und solidarische Bande zu anderen Sektoren zu knüpfen, die ebenfalls für mehr Demokratie kämpfen. Die Foren, in denen sich die Opposition konzentriert, sind aktuell fragmentiert und nicht willens, einander zuzuhören. Doch diese könnten nicht nur effektive Verbündete werden, sondern auch LGBTI einen Freiraum bieten, wo sie durchatmen und Kraft sammeln können. Es scheint angemessen, diesen Beitrag mit einem Zitat von Melek Göregenli¹² zu schließen, die Mitglied des Beirats von Kaos GL ist und zu jenen AkademikerInnen gehört, die in letzter Zeit entlassen wurden:

«Soziale Gruppen, Identitäten und Zugehörigkeitsgefühl ändern sich, verändern. Es passiert, dass sich manche die Arroganz der Macht zu Eigen machen. Viele Menschen sind gekommen, wurden beklatscht und sind weitergezogen. Auch die Polarisierung ist kein neues Phänomen, nur die ihre Pole ändern sich. Vielleicht gelingt es uns eines Tages, alle zusammenzuarbeiten, die gemeinsamen Prinzipien einer Gesellschaft erarbeiten, die wir in keiner Phase der Dunkelheit wieder aufgeben werden. Wir haben kollektive Verbrechen, wir haben gemordet und sind ermordet worden, wir brauchen eine gemeinsame Trauer und den Glauben daran, dass wir an dieser Trauer kollektiv arbeiten können – um schließlich zu erkennen, dass wir «verwundbar» sind und dass die Quelle all unserer Ängste diese Verwundbarkeit ist. Erst dann werden wir einander erstmals in die Augen sehen können.»

Übersetzung aus dem Englischen:

Sebastian Landsberger und Kristina Vesper für *lingua•trans•fair*

Yıldız Tar ist Journalist und Herausgeber der Online-Zeitung *KaosGL.org* sowie der Zeitschrift *Kaos GL*. *Kaos GL* wurde 1994 gegründet und ist aktuell die einzige Zeitschrift zum Thema LGBTI-Kultur und -Politik. Kaos GL ist auch der Name des eingetragenen LGBTI-Vereins, der als Herausgeber von Zeitschrift und Online-Zeitung fungiert.

¹ Die LGBTI-Geschichte der AKP von 2001 bis 2015, auf Türkisch abrufbar unter: <http://kaosgl.org/sayfa.php?id=20109>. ² Homosexualität ist eine Krankheit, die behandelt werden sollte, auf Türkisch abrufbar unter: <http://www.hurriyet.com.tr/escinsellik-hastalik-tedavi-edilmeli-14031207>. ³ Führende LGBTI-Organisation in der Türkei, im Jahr 1994 gegründet. ⁴ Dokument des türkischen Geheimdienstes: IS visiert Kaos GL an, auf Türkisch abrufbar unter: <http://www.kaosgl.org/sayfa.php?id=21494>. ⁵ 2016 Medya Raporu yayinlandi: OHAL'deLGBTI'ler görünenmez!, auf Türkisch abrufbar unter: <http://kaosgl.org/sayfa.php?id=22888>. ⁶ Schwuler syrischer Flüchtling in Istanbul ermordet, auf Türkisch abrufbar unter: <http://kaosgl.org/page.php?id=22071>. ⁷ Schwuler syrischer Flüchtling in Istanbul ermordet, auf Türkisch abrufbar unter: <http://kaosgl.org/page.php?id=22071>. ⁸ Schwuler syrischer Flüchtling in Istanbul ermordet, auf Türkisch abrufbar unter: <http://kaosgl.org/page.php?id=22071>. ⁹ Programmankündigung des 6. Feministischen Forums, auf Türkisch abrufbar unter: <http://kaosgl.org/page.php?id=23261>. ¹⁰ 9 Hassverbrechen in den Medien im Jahr 2016!, auf Türkisch abrufbar unter: <http://kaosgl.org/sayfa.php?id=23092>. ¹¹ Kurs zur Queer-Theorie konnte nicht beginnen!, auf Türkisch abrufbar unter: <http://kaosgl.org/page.php?id=23095>. ¹² Prof. Dr. Melek Göregenli und Prof. Dr. Nilgün Toker, auf Türkisch abrufbar unter: http://www.cumhuriyet.com.tr/haber/turkiye/661380/Prof_Dr_Melek_Goregenli_ve_Prof_Dr_Nilgun_Toker_h_l_ders_veriyor.html.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 8/2017 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Juni 2017
Lektorat: *lingua•trans•fair*
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation